

NDB-Artikel

Stoltenberg, Gerhard Historiker, Politiker, * 29.9. 1928 Kiel, † 23. 11. 2001 Bonn-Bad Godesberg, = Parkfriedhof Eichhof bei Kiel. (evangelisch)

Genealogie

V →Gustav (1895–1977, Pfarrer in Hohenstein u. Bad Oldesloe (Holstein));

M →Christine Heinemann (1893–1984, Lehrerin;

2 B Hans-Detlev (1925–72, Gustav (* 1932);

– ♂ 1958 Margot Rann, Lehrerin;|1 S →Klaus (* 1967), Dr., Min.rat, Finanzberater, Vf. e. Kommentars z. Stasi-Unterlagen-Gesetz, 1992 bzw. 2000 u. v. „Abschied v. Historismus, Neuorientierungen gegenüber d. Paradigma in d. Bracher-Conze-Debatte“, Diss. Heidelberg 1995, 1 T Susanne (* 1963).

Leben

Nach dem Besuch der Oberschule in Bad Oldesloe bis 1944 leistete S. zunächst Kriegsdienst als Flakhelfer, kam in engl. Kriegsgefangenschaft und begann 1949 nach dem Abitur ein Studium der Neueren Geschichte sowie der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Kiel. Während seines Studiums hielt er sich einige Monate in den USA auf, wurde 1954 in Kiel bei →Michael Freund (1902–72) zum Dr. phil. promoviert und war anschließend für zwei Jahre dessen Assistent. 1960 habilitierte er sich in Kiel mit einer Arbeit über die politische Radikalisierung der Landvolkbewegung in der Weimarer Republik und wurde an der Univ. Kiel Privatdozent.

In seiner parteipolitischen Laufbahn (1947 CDU-Mitglied) war er 1954–57 und 1971–82 Mitglied des schleswig-holstein. Landtags, 1955–61 als Bundesvorsitzender der Jungen Union (bis 1961) auch im CDU-Parteivorstand, ferner 1955–71 stellv., 1971–89 Landesvorsitzender der schleswig-holstein. CDU. 1969–92 war er stellv. Bundesvorsitzender seiner Partei. Ein Bundestagsmandat hatte er 1957–71 und 1983–98, wobei er 1969–71 als stellv. Vorsitzender der Bundestagsfraktion der CDU/CSU amtierte.

S. leitete von April bis Okt. 1965 die neu geschaffene Stabsabteilung Wirtschaftspolitik der „Fried. Krupp GmbH“ und wurde dann von Ludwig Erhard (1897–1977) zum Bundesminister für wissenschaftliche Forschung berufen. S. trug in der Großen Koalition maßgeblich zum Ausbau der Forschungsplanung bei. Nach dem Regierungswechsel 1969 kehrte er bis Dez. 1970 in seine frühere Funktion zur „Fried. Krupp GmbH“ zurück, um dann als Spitzenkandidat in den schleswig-holstein. Landtagswahlkampf zu ziehen. Die CDU errang die absolute Mehrheit, S. wurde 1971 Ministerpräsident. Die absolute

Mehrheit verteidigte er 1975 und 1979, was ihm zu bundespolitischem Gewicht verhalf. 1982 wechselte S. als Bundesfinanzminister nach Bonn und setzte Uwe Barschel (1944–87) als seinen Kieler Nachfolger durch. Im christlich-liberalen Kabinett übernahm S. eine Schlüsselposition, da sein Programm der Haushaltskonsolidierung als gemeinsamer Nenner einer Koalition diente, die teils mit einer marktliberalen Politik sympathisierte, teils den Sozialstaat sichern wollte. Der Sparkurs war zunächst erfolgreich. So lag die Neuverschuldung 1985 auf dem niedrigsten Wert seit 1977. Auch das Problem der Inflation galt als gelöst, begünstigt von weltwirtschaftlichen Impulsen und sinkenden Ölpreisen. Dies schuf Spielräume für Steuersenkungen. Seine groß angelegte Steuerreform konnte S. innerhalb der Unionsparteien jedoch nur schrittweise durchsetzen, einer der Hauptkonfliktpunkte war die Senkung des Spitzensteuersatzes. Bald nach der Bundestagswahl 1987 geriet S. als schleswig-holstein. CDU-Vorsitzender in die Kritik, weil er in der Barschel-Affäre zunächst an seinem Nachfolger festhielt. Daneben drängte Hans-Dietrich Genscher (FDP) (* 1927) den Finanzminister mit seinem Plan einer europ. Währungsunion in die Defensive. S.s Autoritätsverlust offenbarte die Kabinettsumbildung vom April 1989: Bundeskanzler Helmut Kohl (* 1930) berief den neuen CSU-Vorsitzenden →Theodor Waigel (* 1939) zum Finanzminister, S. übernahm das Verteidigungsressort. In diesem Amt hatte er mit der Wiedervereinigung 1989/90 nicht nur die Nationale Volksarmee aufzulösen, sondern auch einen Teil des Personals mit der Bundeswehr zusammenzuführen – bei insgesamt deutlich verringerter Truppenstärke. Nachdem im Herbst 1991 ein illegaler Waffentransport nach Israel gestoppt worden war, wurde im März 1992 eine Lieferung von Bundeswehr-Panzern an die Türkei publik, die ein Votum des Bundestages verletzte. S. trat daraufhin zurück. Seit Herbst 1992 koordinierte er die dt.-franz. Zusammenarbeit und zog sich 1998 aus der Politik zurück. 1993–2001 war er stellv. Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung. Seine späten publizistischen Arbeiten verstehen sich als historiographische Werke, die um persönliche Erfahrungen angereichert sind.

Auszeichnungen

A Gr. BVK (1969, mit Stern u. Schulterband 1973);

Ludwig-Erhard-Medaille (1999);

Ehrenbürger d. Landes Schleswig-Holstein (2002).

Werke

Der Dt. RT, 1871–1873, 1955 (*Diss.*);

Polit. Strömungen im schleswig-holstein. Landvolk 1918–1933, Ein Btr. z. polit. Meinungsbildung in d. Weimarer Rep., 1962 (*Habil.schr.*);

Tirpitz u. seine Flottenpol., in: GWU 9, 1962, S. 549–57;

Legislative u. Finanzvfg. 1954/55, in: VfZ 13, 1965, S. 236–71;

Unsere Verantwortung f. e. gute Zukunft, Ausgew. Reden 1982–1986, 1986;

Wendepunkte, Stationen dt. Pol. 1947–1990, 1997;

Erinnerungen u. Entwicklungen, Dt. Zeitgesch. 1945–1999, 1999;

– *Nachlaß*:

Archiv f. christl. Pol., St. Augustin.

Literatur

H. U. Pusch, G. S., Ein Porträt, 1971;

B. Brügge, Über G. S., 1982;

H. Biermann, in: Kanzler u. Min.;

B. Vogel u. F. Merz (Hg.), G. S., Ein gr. Politiker u. sein Vermächtnis, 2002;

Lex. Christl. Demokratie;

Schumacher, M. d. B.;

Biogr. Hdb. MdB;

Munzinger.

Portraits

BA, Bildarchiv.

Autor

Tim Schanetzky

Empfohlene Zitierweise

, „Stoltenberg, Gerhard“, in: Neue Deutsche Biographie 25 (2013), S. 425-426
[Onlinefassung]; URL: <http://www.deutsche-biographie.de/.html>

02. Mai 2025

© Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften
